

Landespastorin Annegrethe Stoltenberg

## **Unter dem Diktat der Freiheit**

"Kritischer Zwischenruf" auf dem Sommerfest des Kirchenkreises Stormarn  
23. Juni 2005

Sehr geehrte Sommergäste, liebe Schwestern, liebe Brüder,

ein Gespenst geht um – und nicht nur in Europa. In der ganzen Welt spukt es in den Köpfen der Menschen. Es ist das Gespenst des Liberalismus. Es erscheint nicht nur um Mitternacht, sondern zu jeder vollen Stunde in den Nachrichten, in jeder Zeitung wird es beschworen, niemand kann ihm entkommen.

Das Gespenst des Neo-Liberalismus rasselt mit Ketten, die es schon lange nicht mehr umhat. Es wehklagt "Freiheit! Gebt der Wirtschaft endlich mehr Freiheit!" Und da es so hartnäckig heult, hat es uns längst angesteckt. Alle stimmen wir mit ein in die Klage der Wirtschaft, die "Deregulierungen" braucht, in das Lied vom Abbau von "Investitionshemmnissen" von den zu hohen "Lohnnebenkosten" bis hin zum Lied von der Wirtschaft als "scheuem Reh, das man nicht verschrecken darf".

Bundeskanzler singen es, Bürgermeister singen es – neuerdings mit der Strophe vom "Tal der Tränen", durch das die Bürger müssen, damit die Wirtschaft endlich ihren Aufschwung bekommt. In Hamburg war kürzlich eine besonders schauerlicher Kehrsvers zu hören: "Soziale Dinge können wir uns wieder leisten, wenn es uns besser geht."

Aber jenseits aller Satire, abseits jeglicher Ironie: Dieses Gespenst spukt auch in unseren Köpfen, dieser Geist weht längst nicht mehr nur auf Managertreffen. Anscheinend glauben wir alle mittlerweile daran: Die Wirtschaft liegt in Ketten, die wir endlich lockern, ja zerreißen müssen, damit der "freie Markt" uns Arbeitsplätze und dadurch Wohlstand und dadurch auch wieder die Möglichkeit gibt, dass der Staat sich sozial engagiert.

Die Freiheit, die dieser Tage propagiert wird, ist immer die Freiheit des Geldflusses oder die Freiheit, Menschen einfacher einzustellen und entlassen zu können. Und die Forderungen gehen immer weiter, es ist nie genug "Freiheit". Alle glauben an die Notwendigkeit von Reformen, die diese Freiheit befördern. Es scheint eine Wahrheit zu sein, die wir nur lange Zeit nicht gesehen haben. Eine Notwendigkeit, die uns durch die angeblich unfähige Politik nur bislang vorenthalten wurde. "Wir brauchen dringend solche Reformen. Sie müssen schmerzhaft sein. Der Sozialstaat hat sich übernommen. In Zukunft wird jeder für sich selbst sorgen müssen."

Wie kann es sein, dass wir alle diese angebliche Wahrheit glauben; dass es immer schwerer wird, andere Problemlösungen überhaupt nur zu denken? Wie ist es gekommen, dass, wer auch immer daran zweifelt, nur die

Liberalisierung der Wirtschaft sei in der Lage, unser Land zu retten, augenblicklich dafür diffamiert wird? Wie konnte es geschehen, dass wir alle geglaubt haben, wir müssten der Wirtschaft alles, aber auch wirklich alles möglich machen? Und nicht zuletzt: Wie kommt es, dass wir glauben, Soziales sei ein Luxusgut?

Die Antwort lautet: Weil die Öffentlichkeit seit einiger Zeit gezielt "informiert" wird, wie es die Initiativen nennen, die zum Beispiel "Aktion mündige Bürger" heißen, "Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft", "Bürgerkonvent" oder "Konvent für Deutschland". Immer mehr neo-liberale "Kuratorien" oder "Konvente" gründen sich und nehmen ihre Arbeit auf. Ihr gemeinsames Ziel ist es, den Bürgerinnen und Bürgern "Reformbereitschaft" einzuhämmern. Dazu geben sie Unsummen Geldes aus – für Werbekampagnen, Kongresse und alles andere, was ihrer Propaganda dient. Geld, das im Wesentlichen von Arbeitgeberverbänden und Banken zur Verfügung gestellt wird.

Ein besonders kurioses Beispiel für die Selbstinszenierung der Wirtschaft mussten wir vor kurzem bei der so genannten "Morgensprache" der Hamburger Handelskammer über uns ergehen lassen. Die Hamburger Kaufleute feierten sich ausgiebig selbst – in Kostümen, mit Hellebarden und der kaum verhohlenen Botschaft, dass sie es sind, die die Geschicke der Stadt bestimmen. Sich selbst zu feiern, mit religiösem Ritual, ja Pomp – das hat selbst in den eigenen Wirtschaftskreisen Kritik ausgelöst.

Oder wie war es, als vor der Landtagswahl in NRW durch Worte vom SPD-Parteivorsitzenden Müntefering die "Kapitalismusdebatte" aufkam? In den Medien ging es in kürzester Zeit nicht mehr um die Frage nach einer gerechten Wirtschaftsordnung, sondern nur noch um den Vergleich mit den Heuschrecken. Ob nun gewisse Kreise ihr Geld durch die Zerschlagung von Betrieben machen, war nicht mehr der Skandal, sondern lediglich der Vergleich mit den Heuschrecken. Ich bin von der "Wirtschaftswoche" gefragt worden, ob wir die Kapitalismusdebatte brauchen. Von sechs Personen war ich die Einzige, die betont hat, dass wir als Christen grundsätzlich jede Struktur oder Entscheidung dahingehend befragen müssen, ob sie dem Menschen dient – dem Einzelnen, wie der Gemeinschaft und dass das auch dem Auftrag des Grundgesetzes entspricht. Alle anderen fanden, dass diese Debatte nur das Kapital verschreckt und so weiter.

Die Botschaft, die uns diese Interessengruppen vermitteln, ist immer gleich, und wir haben sie längst als Wahrheit akzeptiert: "Damit es der Gesellschaft und jedem Einzelnen gut gehen kann, muss es zuerst der Wirtschaft gut gehen. Dafür aber muss es dem Einzelnen zunächst schlecht gehen. Geld ist keines da, also müssen die öffentlichen Ausgaben gesenkt werden – gleichzeitig müssen aber auch die Einnahmen – also die Steuern – gesenkt werden, damit der stotternde Motor der Konjunktur wieder anspringt. Durch Deutschland muss ein Ruck gehen! Raus aus der sozialen Hängematte! Steuern runter, macht Deutschland munter!"

Liebe Anwesende,

die angebliche Freiheit, die da von uns verlangt wird, ist in Wirklichkeit eine Diktatur, weil sie nichts anderes mehr zulässt. Denn was bedeutet Freiheit? Freiheit bedeutet Unterschiede, Verschiedenheit, Wahlmöglichkeiten. Freiheit bedeutet vor allem, dass es nicht nur eine absolut gültige Deutung der Wirklichkeit gibt.

"Die Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden", hat Rosa Luxemburg gesagt. Deren Namen zu hören, löst bei vielen Menschen heute schon Abwehr aus, denn der Sozialismus ist überall auf der Welt gescheitert. Dieser Wegfall eines der beiden konkurrierenden Wirtschaftssysteme hat unsere Welt grundlegend verändert. Ernst Ulrich von Weizsäcker hat auf dem Kirchentag in Hannover noch einmal deutlich gemacht, welche Konsequenzen das Scheitern des Kommunismus für die Weltwirtschaft hat: Durch das Fehlen einer Alternative zum Kapitalismus gehört Andersdenken in Wirtschaftdingen ebenso der Vergangenheit an wie der Sozialismus selbst. Und der Kapitalismus kann sich ungebremst zur alleinigen Deutung der Wirklichkeit aufschwingen.

Wenn man beginnt, sämtlichen – vielleicht auch nur potenziellen – Alternativen die bloße Existenz abzusprechen, wird eine Verständigung unmöglich. Dann existiert nur noch eine Wahrheit, innerhalb derer man diskutieren darf. Diese in Frage zu stellen, wird unmöglich.

Um es noch einmal ganz deutlich zu sagen: Verschiedene Organisationen der Wirtschaft haben sich zusammengetan, um mit dem Einsatz von viel Geld die Macht zu erhalten, unsere Wahrnehmung von Wirklichkeit zu bestimmen, mit anderen Worten: die Wirklichkeit zu definieren!

Als Kirche kennen wir uns damit aus, was es bedeutet, Deutungshoheit zu haben. Jahrhunderte lang hatte die Kirche die Macht, die Wirklichkeit zu deuten und jede andere Deutungsmöglichkeit zum Verstummen zu bringen. Wir haben lernen müssen, dass es neben unserer andere Wahrheiten gibt, andere Positionen, die man weder ignorieren, noch unterdrücken kann. Dieser Wandel in der christlichen Kirche hat ihr gut getan.

Die Tatsache, dass "wir jetzt Papst sind", ändert nichts daran: Die katholische Kirche hat zwar immer noch einen Anspruch auf absolute Gültigkeit, aber in Mitteleuropa kann auch sie diesen Anspruch nicht mehr geltend machen.

Was haben wir dann noch beizutragen? Nun, wir haben das Recht und die Pflicht, unsere Wahrheit neben die anderer zu stellen. So wollen wir gegen die Ideologie des Neoliberalismus unsere Definition von Freiheit laut verkünden und sie uns nicht verbieten zu lassen. Denn unsere Wahrheit ist, dass Freiheit nicht ohne Bindung funktioniert. Das ist eine Grunderfahrung unserer christlich-jüdischen Tradition. Freiheit entsteht durch die freiwillige Bindung an etwas, das größer ist als wir selbst. Anders gesagt: Freiheit eines Christenmenschen denkt die Abhängigkeit von Gott immer mit. Wir suchen nicht nach Beliebigkeit, noch wünschen wir uns die vollkommene Freiheit ohne Regeln und Schranken. Glaube bedeutet, sich in Beziehung

zu setzen – zu Gott und zu anderen Menschen. In diesen Beziehungen sind wir frei und dennoch gebunden.

So kann Gemeinschaft funktionieren: Mit der Bindung in ein größeres Gesamtes. Liberalismus will dagegen keine Regeln. Er propagiert, der Markt "regle alle und alles – auch sich selbst". Das ist eine fatale Fehleinschätzung. Wenn es keine Regeln gibt, dann gibt es auch kein Zusammenspiel, dann gewinnt, wer skrupelloser ist.

Und wer verliert? Nun, nach der neuen, angeblich alleingültigen Wirklichkeit muss man sagen: Es verlieren die, die selbst Schuld sind. Wer arm ist in unserem Land, wer arm ist in unserer Stadt, der trägt einen Makel mit sich herum. Es ist – nach dem sich immer weiter verbreitenden Erklärungsmuster – nicht der Betrieb, der ihn entlassen hat, schuld an seiner Armut. Eher noch ist es die Politik, die seinem Betrieb nicht längst größere Freiheit geschenkt hat. Aber am sichersten kann man sagen: Wer arm ist, ist selbst Schuld. Wer arm ist, hat zu hohe Ansprüche an den eigenen Lebensstandard, wer arm ist, ist zu faul zum Arbeiten, macht es sich lieber schön auf Kosten des Steuerzahlers. Wer arm ist, Sozialhilfeempfänger, vom sozialen Leben abgeschnitten, wer jede einzelne Geldausgabe dreifach überlegen muss, bekommt – stellen Sie sich das doch bitte einmal vor! – bekommt es mit unserem Neid zu tun!

Denn alle wollen wir Gerechtigkeit, und nach der derzeitigen Wirtschaftswahrheit bedeutet Gerechtigkeit, dass alle so viel bekommen, wie sie es verdienen. Dafür gibt es keine verbindlichen Maßstäbe, und das passt gut ins Konzept, denn dann bin ich selbst immer der Maßstab. Und ich bekomme niemals so viel, wie ich verdiene. Die anderen immer zu viel für das Wenige, was sie tun.

So kann wahre Gerechtigkeit nicht aussehen! Gerechtigkeit muss immer von Außen betrachtet werden, und selbst dann ist sie nicht einfach zu definieren, geschweige denn, zu erreichen!

Unsere christliche Wahrheit, die wir uns nicht nehmen lassen – und wenn die Welt es auch noch so arg versucht –, meint viel mehr als "Jeder bekommt, was er verdient!" Sie meint auch nicht "alle bekommen gleich viel!" oder "die da oben sind alle schlecht und haben zu viel – die da unten sind gut und haben zu wenig." All diese Ansätze sind so schnell, zu schlicht gestrickt.

Gerechtigkeit in christlichen Sinne kommt von einem anderen Ansatz her, der lautet: Alle Menschen sind gleich vor Gott. Und alle verdienen sie, am Leben, das Gott allen geschenkt hat, teilzuhaben. Alle verdienen sie, die gleichen Chancen zu bekommen. So verstandene Gerechtigkeit ist nicht nur "Verteilungsgerechtigkeit", sondern auch "Beteiligungs- und Befähigungsgerechtigkeit", wie es der Ratsvorsitzende der EKD, Bischof Huber in einer Rede auf dem Sozialkongress der IG Metall in diesem Jahr ausdrückte.

Solche Beteiligungsgerechtigkeit kann aber nicht entstehen, wenn für einen Teil der Gesellschaft die Armut wächst und ihn so vom Rest abschneidet. In

Hamburg ist das der Fall. Die gern "Suppenküchen" genannten Tafeln in Hamburg verzeichnen stark wachsende Besuchszahlen. Ebenso wächst die Zahl der Verkäufer von Hinz und Kunzt. In letzter Zeit steigt aber auch die Auflage des Heftes. Die Verkäufer berichten, dass ihnen die Kunden sagen, sie läsen das Heft nicht zuletzt deswegen, weil hier die Lebenswirklichkeit von vielen noch vorkommt, während die übrigen Medien eine Wirklichkeit abbilden oder konstruieren, die mit der eigenen Erfahrung wenig zu tun hat.

Die Diakonie hat auch darum gemeinsam mit den anderen Wohlfahrtsverbänden in Hamburg einen Armutsbericht eingefordert und kürzlich öffentlich auf Folgendes hingewiesen: Wir müssen davon ausgehen, dass es in unserer Stadt um die 200.000 Menschen gibt, die in sozialer Not sind. Wir schätzen, dass wohl 80.000 Menschen keine staatliche Unterstützung erhalten, obwohl sie ihnen zusteht.

Auch das ist eine Folge der laufenden Kampagnen gegen den Sozialstaat: Menschen trauen sich nicht mehr, ihre Rechte einzufordern, und der Staat legt die Hürden höher, an Unterstützungen zu gelangen. Viele Menschen wissen nicht einmal um ihr Recht auf Hilfe, weil sie davon ausgehen, dass es für sie ohnehin nichts mehr gibt. Darum hat die Diakonie im Rahmen der Kampagne der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Hamburg „Fehlt Ihnen etwas? Beratung kann helfen!“ Mitte Juni für einen Tag eine Telefonhotline eingerichtet, bei der sich Menschen über ihre Rechte und über die Wege dahin informieren können. Annähernd 250 Anrufe wurden an einem einzigen Tag entgegengenommen. Dieses Ziel, Menschen zu ihrem Recht zu verhelfen, verfolgen auch unsere "Ämterlotsen", die Menschen in Not beim Gang zu den entsprechenden Behörden unterstützen.

Was uns Christinnen und Christen in unserem Tun für die Schwachen treiben kann, ist eine ermutigende und stärkende Vision von einer gerechten Welt, wie es der 85. Psalm ausdrückt "dass in unserem Land Ehre wohne, dass Gerechtigkeit und Friede einander küssen." Vollständig werden wir diese göttliche Gerechtigkeit in dieser Welt, in diesem Leben nie erreichen. Das wissen wir, doch es schreckt uns nicht. Es bleibt das Ziel, an dem wir uns ausrichten.

Liebe Schwestern, liebe Brüder, wir sind nicht wehrlos. Wir haben Gottes Versprechen, dass es gut werden soll mit uns. Also lassen wir uns diese Wahrheit nicht nehmen, sondern treiben wir das Gespenst des Neoliberalismus aus! Glauben wir nicht weiter an die Freiheit, die keine Vielfalt zulassen will. Glauben wir lieber an die barmherzige Wahrheit Gottes, dass wir versöhnt sein sollen in all unserer Unterschiedlichkeit und auch in unserer Schwäche. Lassen wir uns stärken durch die Hoffnung und Vision, dass Frieden und Gerechtigkeit einander küssen werden!

Ich danke Ihnen.